

Meetup „Solidarische Altersversorgung“

Die gesetzliche Rente stärken und zu einer Erwerbstätigenversicherung ausbauen, darum geht's beim Meetup „Solidarische Altersversorgung“ der Arbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren in der SPD (AG SPD 60 plus). Mit dabei: der Rentenexperte **Samuel Beuttler-Bohn** und **Friedhelm Hilgers**, Mitglied des Bundesvorstandes der AG 60 plus, sowie die Bundestagsabgeordneten **Cansel Kiziltepe** und **Lothar Binding**. Kiziltepe betont, dass alles, was jetzt in der Rentenpolitik entschieden wird, die junge Generation betreffe. Die Versprechen der Teilprivatisierung der Altersvorsorge hätten sich nicht erfüllt, kritisiert sie. Im Gegenteil aber habe sich gezeigt, dass das umlagefinanzierte, gesetzliche Rentensystem demografie- und krisenfest sei. Für sie gilt: „Die erste Säule der Altersvorsorge muss den Lebensstandard sichern, Säule zwei und drei müssen on top sein“.

Auch Binding wirbt für eine Erwerbstätigenversicherung für alle. Immer wieder sei vom österreichischen Modell die Rede. Der Vorteil sei, dass dort die Arbeitgeber etwas mehr einzahlen als die Erwerbstätigen. Der Nachteil, dass man erst nach 15 Jahren einen Anspruch habe, in Deutschland bereits nach fünf Jahren. Sich am österreichischen Modell zu orientieren, dafür spricht auch Hilgers. Das Drei-Säulen-Modell sei ein Irrweg: Die Arbeitgeber sparen an Sozialversicherungsbeiträgen, Arbeitnehmer*innen bleibt die Unsicherheit der Finanzmärkte. Die Riesterrente dürfe für die Zukunft nicht mehr akzeptiert werden, sagt er.

Für Beuttler-Bohn ist die Höhe der Löhne entscheidend. Eine gute Rentenpolitik beginnt für ihn deshalb am Arbeitsmarkt. Den Mindestlohn anheben auf mindestens 12 Euro, vor allem aber tarifgebundene und sozialversicherungspflichtige Arbeit stärken, das Sorge für gute Löhne und gute Absicherung. Für ihn sei eine leistungsfähige Erwerbstätigenversicherung für alle, also auch Selbstständige und Beamte das Ziel.

Binding stimmt zu. Es müsse klar sein, dass Beamtinnen und Beamte alle alten Rentenansprüche behalten. Da müsse es ein Übergangsmodell geben. Erst die nachfolgenden Generationen würden einbezogen, so Binding. „Wir wollen Beamte nicht arm machen, sondern das Rentensystem zukunftssicher.“